
Anzeige -

[Startseite](#) › [Politik](#)

Geplantes Staatsbürgerschaftsrecht sorgt für Streit zwischen Ampel und Union

Erstellt: 27.11.2022, 16:04 Uhr

[Kommentare](#)

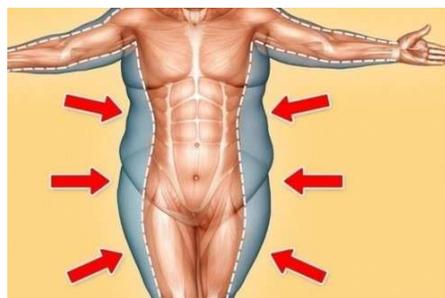


Olaf Scholz © Bernd Elmenthaler/IMAGO

Das von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) geplante neue Einbürgerungsrecht sorgt für Streit zwischen Ampel und Union.

Berlin in Deutschland - Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) (SPD) verteidigte das Vorhaben, Unions-Parlamentsgeschäftsführer Thorsten Frei (CDU) bezeichnete es als überflüssig. Er warnte vor einer Spaltung der Gesellschaft. Zuspruch kam von Verbänden und Wirtschaftsforscher Marcel Fratzscher.

- Anzeige -



Diese 2 Gemüse töten Ihr Bauchfett über Nacht!

Nehmen Sie morgens auf nüchternen Magen und die Kilos gehen runter

Scholz sagte in seinem wöchentlichen Internet-Format „Kanzler kompakt“, all die „tollen Frauen und Männer“, die in den vergangenen Jahrzehnten nach Deutschland gekommen seien, hätten „sehr dazu beigetragen, dass unsere Wirtschaft so stark ist, wie sie heute ist“. Manche dieser Menschen lebten schon „sehr, sehr lange“ in Deutschland und hätten Kinder und Enkel. Deshalb sei es „sehr gut“, wenn sie sich dafür entschieden, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben.

[Faeser](#) hatte die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform der Einbürgerung am Freitag angekündigt. Ausländerinnen und Ausländer sollen künftig in der Regel schon nach fünf statt nach acht Jahren einen deutschen Pass bekommen können. Für Angehörige der sogenannten Gastarbeitergeneration sollen die Hürden für die Einbürgerung gesenkt werden. Die Möglichkeiten zur Mehrfachstaatsangehörigkeit sollen ausgeweitet werden.

Frei sagte der „Rheinischen Post“ (Montagsausgabe): „Grundsätzlich sollte gelten: Der Pass steht am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses und nicht an dessen Anfang.“ Beim Staatsangehörigkeitsrecht gebe es überhaupt keine Handlungsnotwendigkeit. Es sei höchst problematisch, die doppelte Staatsbürgerschaft zum „Standardfall“ zu erklären. „Das wäre kein Beitrag zum besseren Zusammenleben, sondern zur Spaltung der Gesellschaft.“

Der rechtspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Günter Krings (CDU), sagte der Zeitung, wenn illegale Zuwanderer „ohne weiteres“ ein Aufenthaltsrecht bekommen sollten und zugleich die Einbürgerung noch leichter gemacht werde, sei das „Gift für die Akzeptanz von Zuwanderung“. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt kritisierte in der „Bild“-Zeitung: „Die deutsche Staatsbürgerschaft zu verramschen fördert nicht die Integration, sondern bezweckt geradezu das Gegenteil und wird zusätzliche Puffeffekte bei der illegalen Migration auslösen.“

Faerster verteidigte ihr Vorhaben: Es habe viele Menschen „tief verletzt“, dass die Debatten in der Vergangenheit häufig von „Stimmungsmache“ geprägt gewesen seien, schrieb Faerster in einem Gastbeitrag für den „Tagesspiegel“ (Montagsausgabe). Das werde einem modernen Einwanderungsland nicht gerecht. „Die Reform unseres Staatsangehörigkeitsrechts ist lange überfällig und eine große Chance, unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Stephan Thomae, sagte, die Union erkenne „bis heute“ nicht die Tatsache an, dass Deutschland auf ausländische Einwanderer angewiesen sei. „Für uns ist es ein positives Signal, wenn jemand dauerhaft Teil unserer Gesellschaft werden will.“

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoglu, begrüßte die geplante Reform. „Das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht entspricht nicht mehr der Realität unserer Tage“, sagte er den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland. Zuspruch kam auch vom Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat. Die Eckpunkte des Plans, zum Beispiel die Hinnahme der Mehrstaatigkeit und Erleichterungen für Seniorinnen und Senioren, gehörten seit knapp einem Vierteljahrhundert zu seinen Forderungen, erklärte das Gremium.

Die Integrationsbeauftragte des Bundes, Ferda Ataman, betonte: „Einbürgerungen schaffen Rechtssicherheit und bieten mehr Schutz vor rechtlichen Diskriminierungen.“ Bisher klaffe leider eine große Lücke zwischen Wohnbevölkerung und Wahlberechtigten. Millionen Menschen lebten seit Jahren in Deutschland und seien von politischer Teilhabe ausgeschlossen.



Lesen Sie auch



Putin-Weggefährte schmeißt nach 25 Jahren hin – Neue Position zeigt, wie sehr Sanktionen Russland treffen



Russland meldet Attacken auf eigene Energieversorgung – Strom fällt zeitweise aus

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Fratzscher, gab zu bedenken: „Deutschlands Fachkräfteproblem wird sich durch die Demografie und durch den zunehmenden Wettbewerb um die klügsten Köpfe massiv verschärfen, wenn die Politik nicht viel entschiedener als bisher handelt.“ Eine klare Perspektive auf Staatsangehörigkeit sei ein wichtiges Element, um Deutschland attraktiver für ausländische Fachkräfte zu machen, sagte er dem „Handelsblatt“. [jp/ilo](https://www.handelsblatt.com)

Faeser warnt in Diskussion um Staatsangehörigkeitsrecht vor Stimmungsmache

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) warnt in der Diskussion um das Staatsangehörigkeitsrecht in Deutschland vor Ressentiments. Es habe viele Menschen „tief verletzt“, dass die Debatten in der Vergangenheit häufig von „Stimmungsmache“ geprägt gewesen seien, schrieb Faeser in einem Gastbeitrag für den „Tagesspiegel“ (Montagausgabe). Das werde einem modernen Einwanderungsland nicht gerecht. „Die Reform unseres Staatsangehörigkeitsrechts ist lange überfällig und eine große Chance, unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.“

Faeser plant unter anderem, dass Ausländerinnen und Ausländer künftig bereits nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland die Staatsbürgerschaft erhalten können anstatt wie bislang erst nach acht Jahren. Bei „besonderen Integrationsleistungen“ soll dies sogar schon nach drei Jahren möglich werden. „Leistung soll sich lohnen“, schrieb Faeser im „Tagesspiegel“.

Die Innenministerin verteidigte die ebenfalls geplante Abkehr von dem Grundsatz, Mehrstaatigkeit zu vermeiden. Die bisherige Praxis verhindere die Einbürgerung von vielen Menschen, die seit Jahrzehnten in Deutschland lebten und hier zuhause seien. „Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts leiten wir deshalb einen Paradigmenwechsel ein und werden Mehrstaatigkeit künftig akzeptieren“, schrieb Faeser.

Aus der Union war in den vergangenen Tagen scharfe Kritik an Faesers Plänen laut geworden. Am Montag will die Bundesinnenministerin gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Veranstaltung „Deutschland. Einwanderungsland“ in Berlin-Kreuzberg besuchen und dort über die Reform sprechen. Diese gilt als ein zentrales Vorhaben der Ampel. ilo/jp

Kommentare

[Kontakt](#)

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[FAQ](#)

[AGB](#)
